

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion,
Dresden-N. 16, Holbeinstraße 46
Fernsprecher 21866
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14797

Wochenpreise:
Ausgabe A mit illustrierter Beilage 2.10 M. in Dresden und ganz Deutschland bei Post 2.50 M.; in Ostpreußen 2.80 M.
Ausgabe B 1.10 M. in Dresden und ganz Deutschland bei Post 1.50 M.; in Ostpreußen 1.80 M.
Eingel-Nummer 10 J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsangeigen bis 10 Uhr, von Familienangeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Werst-Spaltheite 25 J. im Wochenpreis 50 J. Familien-Anzeigen 30 J.
Für unendlich geliebte, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Bestimmungsmöglichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Sprechstunde der Redaktion:
11-12 Uhr vorm.



Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Seidenpapier.

Das „Berliner Tageblatt“ ist erfreut. In diesen bösen Zeiten Freude zu empfinden, ist immerhin eine Sache, die der Beachtung wert ist. Wir müssen bekennen: Das „Berliner Tageblatt“ hat Ursache zur Freude. Die von der Freimaurerei erstrebte Weltrepublik ist immer noch nicht Tatsache geworden und England hält jäh an seiner Monarchie fest. Aber in Deutschland hat man immerhin allerhand erreicht, was Mosesche Herzen erfreuen kann. Nun hat man dort auch die bürgerliche Demokratie auf die Straße getrieben und Herr Theodor Wolff ist fassungslos. Er jubelt: „Zum ersten Male seit 70 Jahren hat auch eine nicht-sozialistische Partei sich auf der Straße gezeigt. Die Deutsche demokratische Partei hat die Zwiebürgerfurcht und die Vorurteile der Sozialradikalisten abgeschüttelt, von allen Seiten her sah man ihre langen geordneten Züge zum gemeinsamen Ziel marschieren und ihre schwarz-rot-goldenen Fahnen wehen.“ Diese bürgerliche Demokratie Mosescher Oberwanz hat nun aber nicht etwa gegen die Sozialdemokratie protestiert, sondern neben ihr und mit ihr. Darüber schreibt Herr Wolff: „Dann ordnete sich der endlose Zug, überausend und beinahe verblüffend für alle, die ein solches Schauspiel von den demokratischen Erben des heimgegangenen Liberalismus nicht erwartet hatten, und am Brandenburger Tor und Unter den Linden begegnete er den nun heranmarschierenden unabsehbaren Heeren der Sozialdemokratie.“

Der Jubel der Leute im und um das „Berliner Tageblatt“ ist gewiß auf einem Gefühl der Naturzugehörigkeit herausgeboren. Manche Kreise der sächsischen Linksbildung bemühen sich anscheinend, zwischen sich und der Berliner Demokratie einen Scheidungsstrich zu suchen. Ein vergebliches Bemühen, berechnet, Stimmen zu gewinnen. Gewiß ist die bürgerliche Demokratie in Sachsen bis jetzt nicht auf die Straße gegangen. Aber ein Führer dieser Demokratie Professor Kraft hat deutlich und laut erklärt, daß die Scheidewand zwischen Demokratie und Sozialdemokratie nicht dicker sei wie ein Stück Seidenpapier. Man kann sich allerdings zwischen einer solchen Wand recht gut verständigen. Tatsächlich trennt in kirchenpolitischen Fragen die Demokratie von der Sozialdemokratie so gut wie nichts. Wir haben in diesen Tagen ein bürgerlich-demokratisches Flugblatt erhalten, in dem es offen ausgesprochen wurde, daß die Demokratie für Trennung von Kirche und Staat eintritt. Es scheint uns nun noch nicht ganz klar zu sein, ob alle Kreise der bürgerlichen Demokratie denn auch in wirtschaftlicher Hinsicht nur ein Stück Seidenpapier von der Sozialdemokratie trennt. „Die Volkswirtschaft hör ich wohl, jedoch mir fehlt der Glaube.“ Der heimgegangene Liberalismus jedenfalls hat alles andere gezeigt als allzumal Freundlichkeit in sozialpolitischer Hinsicht. Er hat die Freiheitspolitik mitgemacht, wenn auch aus ganz anderen Motiven als die Sozialdemokratie. Die letztere, um wie wir das neulich an Karl Marx nachgewiesen haben, damit schneller zur Revolution zu kommen. Der Liberalismus, um das jedenfalls hat alles andere gezeigt als allzuviel Freundschaft, besser, wenn auch drastischer ausgedrückt in Befolgung der „Vogel friß oder stirb“-Politik.

Gilt nun das „Seidenpapier“ auch jetzt noch und auch auf diesem Gebiete, wo die Sozialdemokratie ernst zu machen versucht? In dem Dresdner sozialdemokratischen Blatte heißt es im Neujahrsartikel ohne Zweideutigkeit, es sei „noch ein Schritt zu tun, um die Menschheit von ihrer schicksalhaften Gebundenheit zu befreien. Es gilt, die Menschheit von der Herrschaft der von ihr geschaffenen ökonomischen Verhältnisse zu erlösen. Diese Befreiung ist nur möglich auf dem Wege der Umwandlung der planlosen, anarchischen, kapitalistischen Produktionsweise in eine sinnvoll geordnete, sozialistische Regelung der Erzeugung und Verteilung der Güter. Dann verlernen auch die ökonomischen Verhältnisse ihren dämonischen Charakter einer dunkel wirkenden, überirdischen Macht. Wenn der Mensch nach dem Worte Friedrich Engels auch da nicht mehr nur denkt, sondern auch lenkt, dann erst ist er befreit von der letzten der scheinbar übergewaltigen Mächte, deren Walten ihm kein Orakel erschließen kann.“

Das hört sich ja recht schön an. Aber die Verwirklichung ist denn doch nicht so einfach, und gerade für die Arbeiterschaft ist diese „Befreiung“ unter Umständen ein recht zweischneidiges Schwert. Es besteht nämlich die Gefahr, daß Deutschland bei zu radikaler Lösung dieser Frage einfach aus dem Wirtschaftsleben der Welt ausgeschaltet wird und Millionen dadurch zur Auswanderung gezwungen werden. Daß

die kapitalistische Produktionsweise oft planlos war, ist richtig. Daß aber die sozialistische Regelung der Erzeugung und Verteilung besonders sinnvoll geordnet ist, wird man, nachdem, was man bis jetzt erlebt hat, ebenfalls kaum behaupten können.

Nach Friedrich Engels Wort soll also auch die Lenkung dieser Dinge auf die breiten Massen übergehen. Wie stellt sich denn nun eigentlich die „Seidenpapier“-Partei dazu? Es wäre wirklich interessant, hierüber einmal eine positive Antwort zu hören. Wir glauben allerdings, daß man darauf vielleicht noch einige Zeit warten kann. Wir können uns aber nicht denken, daß in Wirklichkeit die Hundert-Millionen-Troma Masse und das ihr gehörige Tageblatt in diesen Dingen nur eine Scheidewand zwischen sich und der Sozialdemokratie aufgerichtet wissen wollen.

Das „Berliner Tageblatt“ meint in bezug auf die Demonstrationen der Seidenpapierler und der Scheidewandmänner, Berlin sei „noch nicht ganz ein Tollhaus“. Ganz unsere Meinung. Wir sind überzeugt, daß es in Berlin auch noch viele vernünftige Leute gibt. Trotzdem müssen wir mit Entschiedenheit den Satz des „Berliner Tageblatts“ ablehnen: „Berlin hat gestern das Lob des Reiches verdient.“ Wenn das Blatt meint, Berlin werde „von den behaglicher und sicherer lebenden Leuten im Lande viel gescholten“, so ist auch das nicht richtig. Denn das, was sich in Berlin in den letzten Wochen ereignet hat, hat wirklich nicht nur den behaglich und sicher lebenden Leuten im Lande nicht gefallen, sondern ist vielmehr als geradezu katastrophal für das Bestehen und das Gedeihen des Reiches empfunden worden; jedenfalls trennt uns auch von Berlin in seinem Gesamtbild, das es bietet, heute mehr als ein Stück Seidenpapier. hal.

Besitz von Heeresgut aus unlauteren Quellen wird bestraft mit

Gefängnis

bis zu 5 Jahren und 100 000 M. Geldstrafe

Darum:

Liefert ab!

Reichsverwaltungsamt, Berlin W. 8, Friedrichstraße 66.

Deutsches Reich

Rundgebungen des Berliner Zentrums.

Berlin, 2. Januar. Der Neujahrstag brachte eine Reihe von politischen Rundgebungen, unter denen die des Zentrums im Zirkus Busch mit den sich anschließenden Riesenrundgebungen gegen den preussischen Kultusminister Adolf Hoffmann an erster Stelle steht. Sie war besonders interessant, weil in ihr nicht nur Vertreter des Katholizismus, sondern auch des Protestantismus zu Worte kamen. Der Riesenraum des Zirkus Busch war bereits eine halbe Stunde vor Beginn überfüllt. Infolgedessen mußten die noch immer heranströmenden Massen nach dem Lustgarten geleitet werden, wo gegen 11 Uhr 20-30 000 Menschen versammelt waren. Drei verschiedene Redner, darunter der Zentrumsabgeordnete Giesberts, sprachen zur Menge und forderten sie zum Schluß auf, gegen Adolf Hoffmann zu protestieren.

Im Zirkus Busch entwarf als erster Redner der Zentrumsabgeordnete Dr. Maximilian Pfeiffer in großen Zügen ein Programm der Partei. Prof. Dunksmann von der evangelischen Fakultät der Universität Berlin erklärte die Revolution für ein Werk Gottes, das geschaffen sei, um die katholische und die evangelische Kirche aus dem Bruderkrieg herauszuführen. Andere Redner betonten, daß das Zusammengehen der beiden Konfessionen nicht ein Verrücken der konfessionellen Grenzen bedeute. Nach Schluß der Versammlung bildete sich mit den im Lustgarten versammelt gewesenen Zuhörern ein Zug von 50-60 000 Mann, der sich mit Bannern in den Reichsfarben und den schwarz-rot-goldenen Farben durch die Linden zum Kultusministerium bewegte unter Abführung der Rieder „Deutschland, Deutschland über alles“, „Großer Gott, dich loben wir“ und „Ein feste Burg ist unser Gott“. Vor dem Kultusministerium kam es zu ziemlich erregten Rundgebungen gegen Adolf Hoffmann. Wiederrum sprach hier Maximilian Pfeiffer.

Die Konferenz der süddeutschen Staaten.

Stuttgart, 30. Dezember. In verschiedenen Aussprachen der Regierungen von Baden, Bayern, Württemberg und Hessen, die am 27. und 28. Dezember in Stuttgart stattgefunden haben, ist einstimmig beschlossen worden, künftig **gemeinsam hinzuwirken**: 1. Neueinrichtung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage; 2. Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung, 3. schleunigste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich. — Die Vertreter der genannten Regierungen sind dahin übereingekommen, in Fragen des Lebensmittelbezuges aus dem Auslande ein gemeinschaftliches Vorgehen anzustreben. Sie müssen im Interesse ihrer Bevölkerung verlangen, daß ihnen **Gelegenheit gegeben werde, an den bevorstehenden Verhandlungen mit Amerika von Anfang an durch eine gemeinschaftliche Vertretung innerhalb des Reiches teilzunehmen** und durch ihre eigenen Einrichtungen zur Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen usw., sobald solche möglich ist, nach noch zu treffenden Vereinbarungen unmittelbar beteiligt zu werden.

Gegenrevolution in München?

München, 30. Dezember. Die Verhaftung einer Anzahl Herren im Hotel Bier Jahreszeiten, die verdächtig sind, eine reaktionäre Bewegung beabsichtigen zu haben, gab gestern dem bayerischen K. und S.-Rat Anlaß zu Maßnahmen gegen die Kommandogewalt.

München, 30. Dezember. Der Ministerpräsident Eisner warnte die Mitglieder des Hauses Wittelsbach, sich mit den kontrarevolutionären Elementen einzulassen, als deren Führer er offen den Führer der bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, bezeichnet. Es werde sofort eine Verordnung wegen Einziehung eines nationalen Gerichtshofes veröffentlicht werden und in Kraft treten, der aus zwölf Mitgliedern des provisorischen Nationalrates zusammengesetzt sei. Den Anlaß zu diesen Auslassungen Eisners gaben Enthüllungen über angebliche gegenrevolutionäre Treibereien, über die folgende Einzelheiten gemeldet werden: Nach den Mitteilungen Dittmanns in einer Geheimkunft am 25. Dezember war alles zum Losschlagen bereit. Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten, Munition und Geld waren vorhanden. Ein Oberstleutnant war zum militärischen Oberbefehlshaber ernannt. Es wurden Parolen ausgegeben und das Läuten von Kirchenglocken als Alarmzeichen bestimmt. Zu letzteren hatte der Erzbischof gesagt: „Befehlen können Sie uns nicht, aber zwingen Sie uns doch dazu!“ Die angeworbene Soldnertruppe sollte besser bezahlt werden, wie die Spartakusleute. In allen Stadtteilen war die Errichtung von Werkbureaus angeregt, die Stadtkommandantur, die Polizeidirektion, das Landtagsgebäude, das Verkehrsministerium, das Kultusministerium des Kurfürsten, der Bahnhof, die Telephon- und Telegraphenanlagen sollten besetzt werden. Prinz Ernst von Sachsen-Meiningen sollte die Brückenbewachung übernehmen. Das Ministerium des Kurfürsten sollte mit Maschinengewehren, Handgranaten und Leuchtpatronen, die stark blenden, unschädlich gemacht werden.

Die polnischen Wirren

Wentzen, 1. Januar. Der gestrige Tag ist in Polen verhältnismäßig ruhig verlaufen. Es herrscht das Gefühl sich mit der Kapitulation der 6. Grenadierregiments und des 20. Feldartillerieregiments somit mit dem Abzug dieser Truppen zunächst zufriedengeben haben. Nach Angaben von Reisenden, die aus Warschau kommen, sollen die Kasernen von den Polen gestürmt und dann von den Deutschen wieder genommen worden sein. Da jedoch eine längere Verteidigung der beiden Stützpunkte den Deutschen keine Aussicht auf Herbeiführung der Lage bringen konnte, so wurde mit den Polen verhandelt und der Abzug der deutschen Truppen in die Wege geleitet. Das Regiment marschierte mit Gewehren, aber ohne Munition und Maschinengewehren nach Schneidemühl ab. Auch in Sclatsh und Lawica kam es zu Streikgefechten. Vorerst sollen dort Verhandlungen stattfinden haben. Mit dem Wionieregiment Nr. 23 soll auch bereits eine Einigung erzielt worden sein. Die Kasernen des Regiments Nr. 23 vor der Bürgerwehr steht.

Der Streik in Oberschlesien.

Gleiwitz, 31. Dezember. Die Arbeiter der Schoppiniger Glüttemerke haben die Regierung dringend um Aufhebung des Grenzschutzes ersucht und mit der Stilllegung der Werke gedroht, falls die Mahnung nicht schleunigst durchgeführt werden wird. Dieser Schritt hat keine politische Beweggründe, er ist lediglich darauf gerichtetzuführen, daß die Ar-

19185